

Berlin, 18. Januar 2017

Wie kann Soziale Marktwirtschaft das Klima schützen?

Begrüßungsstatement

Hubertus Pellengahr

Geschäftsführer

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Abgeordnete des deutschen Bundestages, sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Veranstaltung. „Wie kann Soziale Marktwirtschaft das Klima schützen?“.

Auch wenn die eisigen Temperaturen uns ein anderes Gefühl geben – unsere Erde erwärmt sich spürbar. Die Gletscher schmelzen, die Polkappen werden kleiner und der Meeresspiegel steigt. Nur wenige leugnen noch den Zusammenhang zwischen den weltweiten Treibhausgasemissionen und dem globalen Temperaturanstieg.

Auf der Pariser Klimaschutzkonferenz (COP21) im Dezember 2015 haben sich 195 Länder erstmals auf ein allgemeines, rechtsverbindliches weltweites Klimaschutzübereinkommen geeinigt. Deutschland hat sich vorgenommen, bis 2050 die Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren – eine gewaltige Herausforderung.¹

In Deutschland werden aber nur zu rund zwei Prozent der globalen Treibhausgase freigesetzt. Diese kennen aber bekanntlich keine Landesgrenzen. Wir brauchen daher ein weltweites Konzept, wie CO₂ & Co vermieden werden können. Auch wenn immer wieder die Kosten des Klimawandels dargelegt werden: im ersten Schritt kostet Klimaschutz Geld. Es lohnt sich also darüber nachzudenken, wie Klimaschutz weltweit effizient und damit zu den geringstmöglichen Kosten gelingt.

Wie es nicht funktioniert, hierfür ist die deutsche Energiewende ein tragisches Beispiel, und mit Energiewende meine ich den Umbau der Stromversorgung unter dem Regime des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Um eins klarzustellen: Unsere Initiative steht hinter dem Ziel der Energiewende. Wir dürfen aber die Kosten und die Versorgungssicherheit nicht aus den Augen verlieren. Wenn die Belastungen Haushalte überfordern und Arbeitsplätze verloren gehen, geht auch ganz schnell die gesellschaftliche Akzeptanz für das ganze Vorhaben verloren. Wir sind aber davon überzeugt, dass man mit marktwirtschaftlichen Methoden mehr Klimaschutz für das gleiche Geld erreichen könnte.

Es geht also darum, es richtig zu machen. Vergangene Woche mahnte der Bundesrechnungshof an, die deutsche Energiewende sei planlos. Ich zitiere: „Elementare Fragen wie ‚Was kostet die Energiewende den Staat?‘ oder ‚Was soll die Energiewende den Staat kosten?‘ werden nicht gestellt und bleiben unbeantwortet.“ Zitatende. Stattdessen gebe es auf diversen von Ministerien gesponserten Seiten Stromspartipps.

Zumindest was die Kostenfrage betrifft, können wir dem Bundeswirtschaftsminister weiterhelfen: Laut einer Schätzung des ehemaligen Vorsitzenden der Monopolkommission Professor Justus Haucap wird uns die Energiewende bis zum Jahr 2025 über eine halbe Billion Euro gekostet haben! Für eine vierköpfige Familie bedeutet das rechnerisch 25.000 Euro bis 2025.

Nur auf den ersten Blick ist die Energiewende erfolgreich: der Ausbau der Erneuerbaren Energien kommt schnell voran. Bereits ein Drittel des erzeugten Stroms ist Ökostrom.² Das

¹ <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Lexikon/EnergieLexikon/C/2013-09-18-co2-emission.html>
http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan_2050_bf.pdf

² [https://www.bdew.de/internet.nsf/res/FDFDE1F303A781EBC1257F61005AA43C/\\$file/160218_Foliensatz%20Energie-Info_Erneuerbare%20Energien%20und%20das%20EEG_2016_final.pdf](https://www.bdew.de/internet.nsf/res/FDFDE1F303A781EBC1257F61005AA43C/$file/160218_Foliensatz%20Energie-Info_Erneuerbare%20Energien%20und%20das%20EEG_2016_final.pdf)

hilft aber nichts, denn bis heute ist weder die Verstromung von Kohle zurückgegangen³, noch wurde der Gesamtausstoß von CO₂ aufgrund der Rückwirkung mit dem europäischen Emissionshandel reduziert. Profitiert hat also nicht das Klima, sondern vor allem ein paar geschäftstüchtige Solar- und Windkraft-Investoren die jährlich über 20 Milliarden Euro EEG-Förderung einstreichen. Wir haben beileibe nichts gegen gute Geschäfte, aber die sind nicht das Ziel der Energiewende. Das EEG ist ordnungspolitisch, finanziell und klimapolitisch ein Desaster!

Die Gründe hierfür sind seit langem bekannt: Das EEG setzt marktwirtschaftliche Prinzipien, wie Haftung und Wettbewerb, gewollt außer Kraft. Die Funktion des Preises wird ausgeschaltet und das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage wird durch die Abnahmegarantie ausgehebelt, was gleichzeitig dafür sorgt, dass die Entwicklung dringend benötigter Speicherkapazitäten hinterherhinkt. Warum soll ein Ökostromproduzent in Speicherkapazitäten investieren, wenn er seinen Strom – ob benötigt oder nicht – zum staatlich festgelegten Preis loskriegt? Das EEG ist Planwirtschaft pur und ein Paradebeispiel dafür, was passiert, wenn Marktkräfte ausgeschaltet werden. Dann wird's nämlich teuer.

Was aber ist die Rolle des Staates in der Klimaschutzpolitik? Jedenfalls nicht bestimmte Technologien auszusuchen, die sich nach Politikermeinung am ehesten eignen, den Klimawandel zu bekämpfen. Es bringt auch nichts, wenn bei uns ein Kohlekraftwerk abgeschaltet wird, wenn gleichzeitig in China oder Afrika drei neue ans Netz gehen. Ganz falsch wäre es, zukünftig Wachstum einzuschränken. Wirtschaftswachstum schafft uns überhaupt erst die Möglichkeiten und Mittel um umweltschützende Technologien zu entwickeln und einzusetzen.

Wir glauben: Die Soziale Marktwirtschaft hat auch für den Klimaschutz die richtigen Rezepte. Der Staat muss einen Ordnungsrahmen setzen, der technologischen Wettbewerb ermöglicht und der Belastung unserer Umwelt einen transparenten Preis gibt. Der Staat ist dafür verantwortlich, dass Marktkräfte in die richtigen Kanäle gelenkt werden. Soweit zumindest die Theorie.

Wie schwer die Kompromissfindung in der Praxis ist, damit kennen sich unsere heutigen Gäste gut aus. Ich freue mich sehr Professor Edenhofer begrüßen zu dürfen. Herr Edenhofer ist stellvertretender Direktor und Chefökonom des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung. Er war Teilnehmer beim Pariser Klimagipfel und war bis 2015 Berater beim Weltklimarat IPCC. Für die darauffolgende Diskussionsrunde darf ich ganz herzlich Thomas Bareiß und Dieter Janecek, beide Mitglied des deutschen Bundestages, begrüßen. Herr Bareiß ist Beauftragter für Energiepolitik der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Dieter Janecek ist wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

Ich freue mich darüber hinaus unsere heutige Moderatorin Frau Anna von Bayern begrüßen zu dürfen. Liebe Frau von Bayern, ich bin sehr froh darüber, dass Sie sich bereit erklärt haben, diese Aufgabe zu übernehmen. Sie werden sicher die richtigen Fragen stellen.

Im Anschluss können Sie die Diskussion bei einem kleinen Mittagsimbiss weiterführen. Nun wünsche ich uns allen eine aufschluss- und lehrreiche Veranstaltung. Herr Professor Edenhofer, Sie haben das Wort.

³[https://www.bdew.de/internet.nsf/res/DFDE1F303A781EBC1257F61005AA43C/\\$file/160218_Foliensatz%20Energie-Info_Erneuerbare%20Energien%20und%20das%20EEG_2016_final.pdf](https://www.bdew.de/internet.nsf/res/DFDE1F303A781EBC1257F61005AA43C/$file/160218_Foliensatz%20Energie-Info_Erneuerbare%20Energien%20und%20das%20EEG_2016_final.pdf), S.5